

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 8 / 61. Jahrgang, Montag, 15. März 2010

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



Um die Weiterentwicklung der Metropolregion Oberrhein ging es bei einem Kamingsgespräch, zu dem Ministerpräsident Kurt Beck Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in die Staatskanzlei eingeladen hatte. Foto: Martina Pipprich

Beck wirbt für gemeinsame Positionierung

Kamingsgespräch beim Ministerpräsidenten: Metropolregion strategisch weiterentwickeln

Ministerpräsident Kurt Beck hat sich bei einem Kamingsgespräch für eine gemeinsame strategische Positionierung bei der Weiterentwicklung der Metropolregion Oberrhein ausgesprochen. Zu dem Treffen hatte der Ministerpräsident Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in die Staatskanzlei nach Mainz eingeladen. „Um schnellere Entscheidungsabläufe und eine bessere Handlungsfähigkeit zu erreichen, müssen wir klare Aufgabenfelder definieren“, sagte Beck. Er zeigte sich erfreut über die Zusage der Wissenschaft, ein trinationales Symposium mit Forschern und Doktoranden zu initiieren. Eine weitere wichtige Zielgruppe seien die Unternehmer, die im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenar-

beit gemeinsame Interessen formulieren sollten. Vertreter der Wirtschaft kündigten bei dem Gespräch an, ein Treffen von kleineren und mittelständischen Unternehmern zu organisieren. „Die Oberrheinregion gibt für das Zusammenwachsen Europas viele Impulse. Wir müssen für Neuerungen sorgen, um der oft zitierten Rolle als Modellregion weiterhin gerecht zu werden“, so Beck. Er sprach sich deshalb auch dafür aus, Fördermöglichkeiten zu sichern und neue möglich zu machen. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, dass die Wissenschaft nationale und europäische Fördermöglichkeiten ausloten sollen, die auf die Oberrheinregion passen. „Die Politik hat dann die Aufgabe, diese entspre-

chend weiter zu tragen“, sagte Ministerpräsident Beck.

Wichtig sei auch, die Menschen von den Vorteilen der Metropolregion zu überzeugen. Unter rheinland-pfälzischer Federführung würden deshalb in den nächsten Monaten drei Bürgerkongresse stattfinden. Es müsse sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Kongresse in die weiteren Entwicklungen der Metropolregion einfließen können.

„Für eine gemeinsame Identität am Oberrhein müssen wir vor allem auch junge Leute zusammen bringen. Der Sport ist dafür besonders geeignet“, betonte Ministerpräsident Beck und kündigte die Ausrichtung eines Jugendfußballcups am Oberrhein an.

Kulturelles Erbe lockt eine Million an

Kulturstaatssekretär Joachim Hofmann-Göttig zieht positive Bilanz für 2009

Mit etwa 915 000 Besucherinnen und Besuchern bei „Burgen, Schlösser, Altertümer“ sowie in den drei Landesmuseen in Mainz, Koblenz und Trier zieht Kulturstaatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig eine positive Bilanz des Jahres 2009. Rund 100 000 Menschen nutzten zudem 2009 den Tag des Offenen Denkmals im Land, um sich über das bedeutende und reichhaltige kulturelle Erbe zu informieren. Damit konnte die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) über eine Million Menschen für ihre Kulturangebote begeistern. „Die erfreuliche Bilanz zeigt, dass sich die GDKE Rheinland-Pfalz mit ihren Angeboten auf dem richtigen Weg befindet. Der Zuspruch der Öffentlichkeit macht deutlich, dass die 2007/2008 errichtete Generaldirektion durch Vernetzung und Profilierung der Kulturangebote der einzelnen Direktionen das kulturelle Erbe Rheinland-Pfalz noch akzentuierter, attraktiver und authentischer präsentieren konnte“, betont Kulturstaatssekretär Hofmann-Göttig.



Kulturstaatssekretär Joachim Hofmann-Göttig zog eine positive Bilanz.

Die Besucherbilanz des Rheinischen Landesmuseums Trier weist für das Jahr 2009 deutlich nach oben. Bei den Besucherinnen und Besuchern der Ausstellungen konnten die Zahlen von rund 51 000 im Jahr 2008 auf rund 65 000 im Jahr 2009 gesteigert werden und dies, obwohl die neue Dauerausstellung (in Teilen) erst im Herbst 2009 eröffnet wurde. Dies sei vor allem auf die attraktive Sonderausstellung „Schönheit im Alten Ägypten“ zurückzuführen.

Bei der Bilanz des Landesmuseums

Koblenz für das Jahr 2009 sei es nachvollziehbar und nicht anders zu erwarten gewesen, dass sich die Schließung des Hauses aufgrund der Umbaumaßnahmen am Ende der Saison 2008 signifikant auf die Statistik niederschlagen würde. Dennoch sei positiv festzuhalten, dass mit der Archäologischen Abteilung, die als einzige Abteilung in der Saison 2009 geöffnet werden konnte, immerhin rund 15 000 Besucherinnen und Besucher angezogen werden konnten.

In den Besucherzahlen des Landesmuseums Mainz spiegelte sich noch mit rund 31 000 Besucherinnen und Besu-

chern die Umbauphase wider. Mit dem Abschluss der Umbauphase und der anstehenden Neupräsentation nunmehr aller Abteilungen der Dauerausstellung ab Mitte März 2010 einerseits sowie durch geplante attraktive Publikumsausstellungen andererseits sei zu erwarten, dass die Besucher-Bilanz 2010 sehr positiv ausfalle.

Die Besucherzahlen bei Burgen, Schlösser, Altertümer zeigten grundsätzlich ein gleichbleibendes Bild in den Jahren 2008/2009, trotz Großsanierung der Festung Ehrenbreitstein und vorbereitender Arbeiten für die BUGA 2011 rund um die Festung. Dadurch konnte für eine der meist besuchten Einrichtungen von Burgen, Schlösser, Altertümer für 2009 keine Besucherzahlen ermittelt werden. Eine positive Entwicklung auf hohem Niveau zeigten die Zahlen aus Trier. Hier konnten 2009 rund 660 000 Besucherinnen und Besucher gezählt werden.

Die Region Pfalz verzeichnete rund 145 000 Besucherinnen und Besuchern. Mit dem Staufer-Jahr 2010 und der Neupräsentation der Dauerausstellung auf dem Trifels und vielfältigen neuen kulturtouristischen Angeboten rund um das Thema „Reisewege der Könige“ sei 2010 mit einer Steigerung der Besucherzahlen zu rechnen.

In der Region Mittelrhein-Mosel konnten bei den restlichen Burgen mit rund 109 000 Besucherinnen und Besuchern im Vergleich zum Vorjahr die Besucherzahlen leicht gesteigert werden. Aufgrund der Sanierung von Festung Ehrenbreitstein und Schloss Stolzenfels lägen für diese beiden Objekte für 2009 keine Besucherzahlen vor.

Beck: Die Partnerschaft mit Ungarn entwickelt sich gut

Eintägiger Besuch in Budapest – Wieder Flüge vom Hahn?

„Ungarn wird sich während seiner EU-Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr in Rheinland-Pfalz präsentieren und die große multimediale Ausstellung „Deutsche Einheit am Balaton“ zeigen.“ Das teilte Ministerpräsident Kurt Beck am Rande seines eintägigen Besuches in Budapest mit. Die Ausstellung habe große historische Bedeutung. Sie erinnere an die Öffnung der Grenze für die deutschen Flüchtlinge 1989 aus der DDR.

Während seines Besuches führte Ministerpräsident Kurt Beck politische Gespräche mit Premierminister Gordon Bajnai, Außenminister Péter Balázs, Verteidigungsminister Imre Szekeres und Wirtschaftsminister István Varga.

Premierminister Bajnai begrüßte den Ministerpräsidenten als „guten und großen Freund Ungarns“. Beide Politiker sprachen von einem „herzlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Ungarn“. Die ungarische Regierung hatte den Ministerpräsidenten eingeladen.

Die Gespräche in Budapest dienen vor allem der Vorbereitung der EU-Präsidentschaft Ungarns im ersten Halbjahr 2011. Ungarn ist seit 2004 EU-Mitglied, seit 1999 Mitglied der Nato. Deutschland ist der wichtigste Wirtschaftspartner Ungarns.

Ein Thema der Gespräche Beck war das EU-Finanzbudget für die Jahre 2014 bis 2020, das während der ungarischen Präsidentschaft auf der Tagesordnung steht. Dabei war man sich einig, dass grenzüberschreitende Projekte von der EU stärker finanziert werden sollten. Auch sei die landwirtschaftliche Förderung künftig sicherzustellen.

Im Gespräch mit dem Wirtschaftsminister István Varga wurde das Thema Opel erörtert. Auch eine Wiederaufnahme der Flugverbindung zum Hahn wurde besprochen. Fragen der Umwelttechnologien sollen von Experten aus beiden Ländern vertieft werden.

Ministerpräsident Kurt Beck: „Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ungarn entwickelt sich gut. 24 Kommunen haben eine Partnerschaft mit Städten und Gemeinden in Ungarn. Seit 15 Jahren gibt es Kooperationen des rheinland-pfälzischen Innenministeriums mit Ungarn. Diese vom früheren Innenminister Walter Zuber initiierte Zusammenarbeit besteht vor allem mit der Polizei, den Feuerwehren und im Katastrophenschutz.“

Deutsch ist in Ungarn als Fremdsprache an den Schulen – nach englisch – am beliebtesten. 32 rheinland-pfälzische Schulen haben Partnerschaften mit ungarischen Schulen. Die Fritz-Walter-Stiftung fördert soziale Jugendprojekte in Ungarn. Die Universitäten Trier und Kaiserslautern und die Fachhochschule Worms pflegen wissenschaftliche Kontakte. Absolventen der einzigen deutschsprachigen Universität im Ausland – Andrássy in Budapest – sollen künftig in Rheinland-Pfalz in Verwaltung und Wirtschaft praktische Erfahrungen sammeln.“

Die Exporte der rheinland-pfälzischen Wirtschaft umfassen rund 404 Millionen Euro (letzte Statistik, Januar bis Oktober 2009). Die Importe aus Ungarn nach Rheinland-Pfalz betragen in diesem Zeitraum 266 Millionen Euro.



Bei seinem Besuch in Budapest wurde Ministerpräsident Kurt Beck vom ungarischen Premierminister Gordon Bajnai empfangen.

Zahl der Selbstanzeigen steigt und steigt

Die Zahl der Selbstanzeigen bei rheinland-pfälzischen Finanzämtern ist schon mehr als doppelt so hoch wie im gesamten Vorjahr. Nach Erhebungen der Oberfinanzdirektion Koblenz gingen inzwischen 705 Selbstanzeigen ein, davon 620 wegen nicht versteuerter Kapitaleinkünfte. Im Jahr 2009 gab es insgesamt 303 Selbstanzeigen, in 2008 waren es 323.

„Die Welle der Selbstanzeigen wächst unvermindert weiter. Ein Gipfelpunkt ist bislang nicht in

Sicht“, sagte der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl. Das Land rechne mit einem Mehrergebnis im zweistelligen Millionenbereich.

Kühl bekräftigte, dass Rheinland-Pfalz es für notwendig erachte, Daten-CDS anzukaufen. Natürlich müsse es vorher sorgfältige Prüfungen geben. Er sehe aber keine Alternative. „Entscheidend muss sein: Wer Steuern hinterzieht, darf sich nicht sicher fühlen“, sagte der Minister.

Wertschätzung für Auslandseinsatz wichtig

Ministerpräsident empfing den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes

Zum Antrittsbesuch hat Ministerpräsident Kurt Beck den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, in der Mainzer Staatskanzlei empfangen. Die schwierige Situation der Bundeswehr bei ihrem ISAF-Einsatz in Afghanistan war eines der Themen des Gesprächs. „Die deutschen Soldatinnen und Soldaten leisten dort einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau des Landes“, sagte Beck.

Oberst Kirsch, der einen ersten Termin zum Antrittsbesuch in Mainz wegen seines Afghanistan-Aufenthaltes im vergangenen Jahr absagen musste, schilderte die große Sehnsucht der Bevölkerung dort nach Frieden und die tägliche Bedrohung durch Aufständische und Terroristen. Er schilderte auch die schwierige Situation der deutschen Soldatinnen und Soldaten und die hohe psychische Belastung, der sie ausgesetzt sind. Bereits 2007 nach seinem Besuch in Afghanistan und seinen Gesprächen mit Präsident Hamid Karzai habe er, so Beck, die Notwendigkeit von Verhandlungen auch mit Talibangruppen angesprochen. Schon damals habe er dem zugestimmt, sagte Kirsch. Ein Schritt nach vorne sei jetzt durch die Afghanistan-Konferenz in London geleistet worden.



Zum Antrittsbesuch hat Ministerpräsident Kurt Beck den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, in der Mainzer Staatskanzlei empfangen. Foto: Stefan Sämmer

Kultursommer 2010 geht „Über Grenzen“

Ministerin Ahnen: Vom 1. Mai bis 3. Oktober locken 250 Projekte in alle Teile des Landes

Der Dialog und die Überwindung von Grenzen, aber natürlich auch Konflikte und Teilung stehen im Mittelpunkt vieler der etwa 250 Projekte aller Kultursparten, die wieder vom 1. Mai bis 3. Oktober im Rahmen des Kultursommers Rheinland-Pfalz stattfinden. Das aktuelle Motto „Über Grenzen“ verspricht eine vielschichtige und spannende Auseinandersetzung mit dem Thema.

„Das Motto ‚Über Grenzen‘ ist ein sehr assoziatives Motto, das die Veranstalter im ganzen Land dazu angeregt hat, Grenzen in Geografie und Politik oder die Grenzen in den Köpfen genauer unter die Lupe zu nehmen, zu überwinden und auf vielfältige und kreative Weise künstlerisch umzusetzen“, so Kulturministerin Doris Ahnen, Vorstandsvorsitzende des Kultursommers, bei der Vorstellung des Jahresprogramms 2010.

Dieses Thema wird gleich zu Beginn mehrfach aufgegriffen: unter anderem mit einem Beitrag zu 65 Jahren Kriegsende bei dem Kulturfest zur Eröffnung des Kultursommers vom 7. bis 9. März in Idar-Oberstein und bei der Ausstellung „Die Gedanken bleiben frei“ mit

Werken von Tomi Ungerer in der KZ-Gedenkstätte Osthofen bei Worms, die am 10. Mai in Anwesenheit von Ministerpräsident Beck und dem Künstler eröffnet wird.

Migration und Integration, kulturelle und religiöse Identität sind weitere Schwerpunktthemen. In Worms steht der musikalische Dialog der Religionen bei „Musica Sacra - Nacht der Religionen“ am 27. Mai im Vordergrund. Die mitwirkenden Künstlerinnen und Künstler kommen aus Letland, Jordanien, Israel, Indien, Tibet, Dänemark und der Schweiz.

Der Inselfest im Ludwigshafen vom 9. bis 18. Juli hat wieder ein spannendes weltmusikalisches und sozialkulturell geprägtes Programm entwickelt und auch die Weltmusik-Projekte Horizonte Ende Juli auf der Festung Ehrenbreitstein und „Musik in alten Dorfkirchen“ von Mai bis September im unteren Westerwald gehen wieder „Über Grenzen“. Im September findet dann das Festival grenzenlos kultur, eines der wichtigsten integrativen Kulturfestivals in Europa, wieder im KUZ Mainz statt.

Historische und aktuelle geographi-

sche Grenzen werden natürlich ebenfalls thematisiert und immer wieder überschritten. Das Eifel-Literaturfestival, das zusätzlich zu renommierten Autorinnen und Autoren wie Elke Heidenreich, Roger Willemsen, Rafik Schami oder Martin Suter auch Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller präsentiert, findet inzwischen ganz selbstverständlich sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Nordrhein-Westfalen statt. Im Süden des Landes unterstützt der Kultursommer Rheinland-Pfalz die Zusammenarbeit der Regionen im Oberrheingebiet mit einem ersten Festival der freien Theater.

Als „Motor für Innovation“ in der Kunst bezeichnet Ministerin Doris Ahnen die Grenzüberschreitungen. Entsprechend nehmen im aktuellen Kultursommer die sogenannten Cross-over-Projekte einen bedeutenden Platz ein. Bereits bei der Kultursommer-Eröffnung wird die Uraufführung „Die Schöpfung rockt“ präsentiert: Josef Haydns „Schöpfung“ erfährt eine ganz neue Interpretation.

Das gesamte Programm 2010 wird bis Ende April im Internet veröffentlicht unter www.kultursommer.de.

„Rheinland-Pfalz ist wichtig für Amerika“

Ministerpräsident Kurt Beck empfing den neuen US-Botschafter Philip D. Murphy

Ministerpräsident Kurt Beck empfing den neuen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy zum Antrittsbesuch in der Staatskanzlei. „Rheinland-Pfalz ist ein wichtiges Land für Amerika, es hat einen besonderen Platz im amerikanischen Herzen“, sagte der Botschafter. Ministerpräsident Kurt Beck betonte, wie wichtig „das nachbarschaftlich-freundschaftliche Verhältnis“ sei. Ministerpräsident und Botschafter waren sich einig, dass „die Partnerschaft von den Bürgerinnen und Bürgern getragen“ werde.

Ein besonders anschauliches Beispiel gebe es derzeit in Ramstein, wo bis 2012 ein Dokumentationszentrum „Amerikaner in Rheinland-Pfalz“ verwirklicht werde. Es soll die kulturellen, sozialen und politischen Verbindungen zwischen US-Bürgern und Deutschen in Rheinland-Pfalz von 1951 bis heute veranschaulichen. „Das Dokumentationszentrum stellt einen weiteren Baustein im Netzwerk des deutsch-amerikanischen Miteinanders in Rheinland-Pfalz dar“, sagte der Ministerpräsident.

Angesprochen wurden bei dem Treffen, an dem der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Martin Stadelmaier, und US-Generalkonsul Edward M. Alford ebenfalls teilnahmen, auch die wirtschaftlichen Beziehungen. So beträgt das Gesamthandelsvolumen rund 4,8 Milliarden Euro – mit einer Steigerung um 30 Prozent von 2007 auf 2008.

In Bezug auf Opel äußerte Beck die Hoffnung, dass die Erhöhung des finanziellen Engagements von General Motors nun ein richtiger Schritt zu einem tragbaren Zukunftskonzept für den Autohersteller sei.

In dem rund einstündigen Gespräch wurde auch die Lage der amerikanischen Militärstandorte in Rheinland-Pfalz erörtert.

Vielfältig sind auch die kulturellen Verbindungen. Es gibt 71 Schulpart-

nerschaften und mehrere Hochschul- und Forschungskooperationen.

Botschafter Murphy ist seit September 2009 im Amt und wurde von seiner Ehefrau Tammy Snyder Murphy begleitet.

Es gab übrigens auch ein „kleines

Fachgespräch“ des Botschafters mit dem Ministerpräsidenten über Fußball. Dabei zeigte sich Murphy sehr gut über die Tabellenlücke der rheinland-pfälzischen Erst- und Zweitligisten informiert. Ein gemeinsamer Stadionbesuch ist geplant.



Ministerpräsident Kurt Beck empfing den neuen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Philip D. Murphy zum Antrittsbesuch in der Staatskanzlei. Begleitet wurde er von seiner Ehefrau Tammy Snyder Murphy. Foto: Melanie Bauer

BUNDES R A T

Conrad: Kinderlärm ist keine schädliche Umwelteinwirkung

Rheinland-Pfalz mit zahlreichen Initiativen im Bundesrat

Seit dem Regierungswechsel auf Bundesebene hat der Bundesrat ungewöhnlich wenig zu tun. Die jüngste Sitzung näherte sich mit 27 Tagesordnungspunkten einem Minusrekord, das statistische Mittel liegt bei etwa 70. Zwölf Anträge wurden von Ländern eingebracht, allein Rheinland-Pfalz sorgte für sechs.

Kinderlärm darf kein Grund zur Klage sein. Das fordert eine rheinland-pfälzische Entschließung, der sich mehrere Länder angeschlossen und die modifiziert eine Mehrheit fand. Wegen Kinderlärms hatten Anwohner vor Gericht gegen Kindertagesstätten oder Baugenehmigungen geklagt. In Einzelfällen mussten Tagesstätten deshalb schließen. Das will Rheinland-Pfalz verhindern, indem Kinderlärm im Bundes-Immissionsschutzgesetz ausdrücklich nicht mit Gewerbe- oder Verkehrslärm gleichgesetzt wird. „Kinderlärm ist eben keine schädliche Umwelteinwirkung“, betonte Umweltministerin Margit Conrad. Auch im Bürgerlichen Gesetzbuch sei eine entsprechende Klarstellung nötig. Zudem sollen durch eine Änderung der Bauordnungsverordnung Kindertageseinrichtungen in reinen Wohngebieten leichter möglich sein, denn der Weg zum Kindergarten soll kurz sein.

Um die Rechte von Kindern ging es auch beim zweiten rheinland-pfälzischen Entschließungsantrag. Das Land fordert erneut, die Bundesrepublik müsse ihre Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention von 1992 zurücknehmen. Mit dieser Erklärung hatte die damalige Bundesregierung dafür gesorgt, dass die UN-Vorgaben nicht eins zu eins umgesetzt, sondern durch deutsche Gesetze erfüllt werden.

Weil sich deutsche Gesetze im Aufenthaltsrecht, beim Thema rechtswidrige Einreise oder bei der elterlichen Sorge geändert haben, seien die damaligen Vorbehalte inzwischen unnötig, betonte Rheinland-Pfalz. Zudem habe die UNO Deutschland schon vor Jahren ausdrücklich gemahnt, die Vorbehalte zurückzunehmen, so Bildungsministerin Doris Ahnen. „Das ist eine eindeutige Hausaufgabe der Bundesrepublik.“ Obwohl auch die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Rücknahme der Vorbehaltserklärung forderte, fand sich im Bundesrat wie schon 2002, 2008 und 2009 keine Mehrheit für eine Entscheidung. Der Antrag wird weiter in den Ausschüssen beraten.

Auch in seinem dritten Entschließungsantrag forderte Rheinland-Pfalz



„Kinderlärm ist keine schädliche Umwelteinwirkung“, sagte Umweltministerin Margit Conrad.

die Bundesregierung auf, den Koalitionsvertrag rasch umzusetzen. Unter dem Titel „Zukunft der Bahn sichern“ schlug das Land gemeinsam mit Berlin und Brandenburg vor, für eine ausreichende Finanzierung der Bahn zu sorgen, die Länder, welche die Kosten mittragen, auch bei Entscheidungen einzubeziehen und den Weg in den Wettbewerb nicht auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen.

Der Antrag fand mit zwei fachlichen Änderungen eine breite Mehrheit.

Darüber hinaus brachte das Land zwei Gesetzentwürfe erneut ein, die schon in der letzten Wahlperiode vom Bundesrat beschlossen, im Bundestag aber nicht mehr behandelt worden waren.

Das Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes sieht mangelnde Deutschkenntnisse als Ausschlussgrund vom Ehrenamt als Schöffe vor. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass nur die deutschen Staatsbürger Schöffe sein dürfen, die der Verhandlung vollständig und ohne Dolmetscher folgen können.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Täterverantwortung sollen Straftäter dazu verpflichtet werden können, an so genannten „Täterprogrammen“ teilzunehmen. Hier sollen sie lernen, Verantwortung zu übernehmen und sich selbst zu kontrollieren.

Aufsicht für Ratingagenturen

Land gegen Spekulationen und hohe Bonuszahlungen

Ab 2011 wird eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) die Arbeit von Ratingagenturen überwachen. Diese waren in die Kritik geraten, weil sie in der Finanzkrise bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Staaten zu spät auf Veränderungen reagiert hatten. Der Bundesrat stimmte im Sinne eines besseren Anlegerschutzes dem Ausführungsgesetz zur EU-Ratingverordnung zu. Das Gesetz legt weiter fest, dass sich in der EU tätige Ratingagenturen ab Juni 2010 bei der Finanzaufsicht eines Mitgliedslandes registrieren lassen müssen. Dazu müssen sie in mindestens einem Mitgliedsstaat niedergelassen sein und jährlich einem Wirtschaftsprüfer berichten. Bei Gesetzesverstößen drohen Bußgelder bis zu einer Million Euro. Aufsichtsbehörde in Deutschland wird Übergangsweise die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Rheinland-Pfalz engagierte sich mit einem Entschließungsantrag, der in den Ausschüssen weiter beraten werden soll, ebenfalls für ein gerechteres internationales Finanzsystem. Darin werden strengere Maßnahmen gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Bonuszahlungen gefordert. Es müsse sichergestellt werden, dass die Banken die Vergütungen transparent, nachvollziehbar und angemessen gestalten. Eine internationale Finanztransaktionssteuer soll Spekulationen spürbar eindämmen. Dies forderte auch Finanzminister Carsten Kühl und bewertete das bisherige Verhalten der Bundesregierung als „ungenügend und unzureichend“. Die Regierungskoalition habe immer noch keine Gesetzesinitiativen ergriffen. „Beenden Sie den Ideenwettbewerb, beginnen Sie mit dem Regierungshandeln“, so Kühl.

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Lukas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

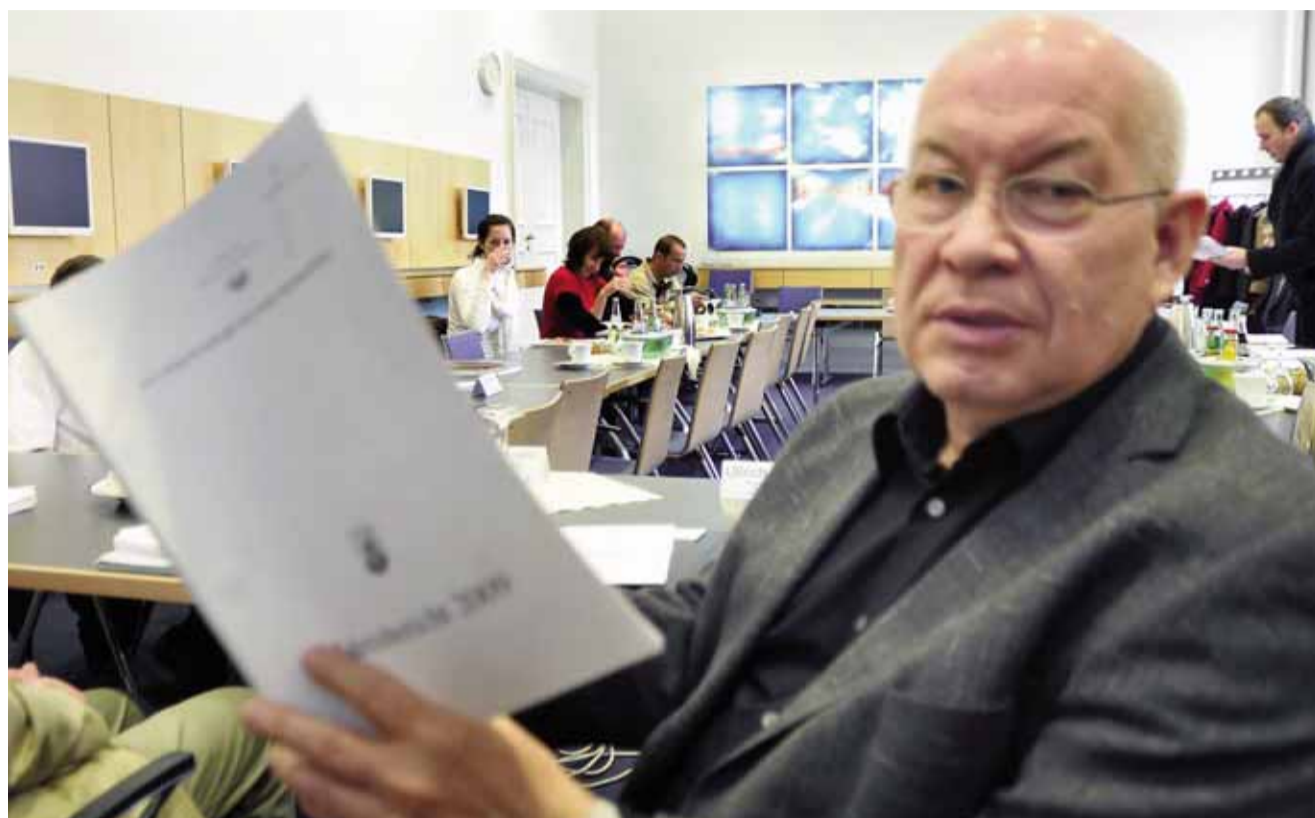
Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17



Bei fast vier Fünfteln aller Anliegen konnten er und sein Team helfen, wie Bürgerbeauftragter Ullrich Galle bei der Vorlage seines Jahresberichtes 2009 mitteilen konnte. Bezogen auf 10 000 Einwohner erwiesen sich die Bürger des Kreises Bernkastel-Wittlich am „eingabefreudigsten“. An zweiter Stelle lag der Kreis Vulkaneifel. Die wenigsten Eingaben kamen laut Galle aus dem Kreis Südliche Weinstraße und der Stadt Worms.
Foto: Klaus Benz

Schwerpunkt bei der Ordnungsverwaltung

Bürgerbeauftragter Ullrich Galle legt Jahresbericht 2009 vor

Im Kampf mit dem Amtsschimmel ist er für manche Rheinland-Pfälzer die letzte Rettung: 5141 Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihren Anliegen schriftlich, telefonisch und per E-Mail sowie bei 31 Sprechtagen in allen Regionen des Landes und in seinem Büro in Mainz an den Bürgerbeauftragten gewandt. Bürgerbeauftragter Ullrich Galle konnte in der vergangenen Woche Landtagspräsident Joachim Meres seinen Bericht für das Jahr 2009 vorlegen.

Unter den „unzulässigen“ Eingaben befinden sich wieder zahlreiche Legislativeingaben; insbesondere 755 Eingaben, die eine Änderung des Landeshundegesetzes zum Inhalt haben. Bei 78,1 Prozent aller Anliegen konnte geholfen beziehungsweise weitergeholfen werden.

Im Gegensatz zu den Vorjahren liegt das Sachgebiet Ordnungsverwaltung an der Spitze. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Eingaben die Reaktivierung der Hunsrückbahn betreffen. Im Übrigen waren wie bereits in den Vorjahren die Bereiche Soziale Hilfen (insgesamt) und Strafvollzug Schwerpunkte.

Wie in jedem Jahr geht der Bürgerbeauftragte in seinem Bericht auch auf besondere Themen ein; 2009 beispielsweise auf die Öffentliche Petition. Der Bürgerbeauftragte hat sich bereits in der Vergangenheit für eine Fortentwicklung des Petitionsrechts durch Einführung der Öffentlichen Petition in Rheinland-Pfalz ausgesprochen. Im Berichtszeitraum hat die Absicht, die Öffentliche Petition auch in Rheinland-Pfalz einzuführen, erfreulicherweise konkretere Formen angenommen. So hat die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Erklärung vom 4. November 2009 die Bedeutung der Öffentlichen Petition für die Fortentwicklung des Petitionsrechts in Rheinland-Pfalz betont. Aber auch die Fraktionen der CDU und FDP stehen ihr grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Der Anteil der ausländerrechtlichen Eingaben hat zwar gegenüber dem Vorjahr zugenommen, liegt jedoch weiterhin auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den Vorjahren. Dies ist offensichtlich auf die gesetzliche Altfallregelung zurückzuführen. Der Bürgerbeauftragte begrüßt daher ausdrücklich, dass die Innenministerkonferenz eine Verlängerung dieser Regelung beschlossen hat und verknüpft dies mit der Hoffnung, dass dem betreffenden Personenkreis ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erteilt werden kann. Zudem begrüßt er die Verstärkung der Arbeit der Härtefallkommission.

Bei den Eingaben von Strafgefangenen ist erneut eine Zunahme zu verzeichnen, wobei in diesem Jahr die meisten Eingaben aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Koblenz kommen. Diese sowie mit einigem Abstand dahinter die JVA Rohrbach und die JVA Diez bleiben die „Sorgenkinder“ des Strafvollzugs in Rheinland-Pfalz. Der

Bürgerbeauftragte hat zudem einen Sprechtag in der JVA Koblenz durchgeführt. Er sucht für die ihm dort dargelegten Probleme nach Lösungen. Auch konnte auf seine Anregung im Zusammenwirken mit dem Ministerium der Justiz eine Videokonferenzanlage installiert werden, die, soweit nötig, unmittelbare und schnelle Kontakte mit den Gefangenen ermöglicht.

Das Arbeitslosengeld II und die Arbeitsgemeinschaften stehen weiter in der Kritik. So hat die Zahl der Eingaben, bei denen es um entsprechende Leistungen geht, erneut zugenommen, wobei Spitzenreiter wiederum Mainz ist. Die Schwerpunkte sind nach wie vor: die Unübersichtlichkeit der Bescheide, die verwendeten Formulierungen und die Erreichbarkeit der Bediensteten. Die Neuregelung im Be-

reich Wohngeld im Zusammenhang mit dem Bezug von Arbeitslosengeld II allerdings ist ein „Paradebeispiel für mehr Bürokratie“.

Zum Thema Grad der Behinderung (GdB) haben offensichtlich viele Betroffene Informationsdefizite, was die zuständigen Stellen zum Anlass für entsprechendes Handeln nehmen sollten.

Zur Schülerbeförderung gibt es zahlreiche Klagen unterschiedlichster Art. Hier sieht Galle im Interesse der Kinder und Eltern Handlungsbedarf, zumal der Einsatz von Privaten, insbesondere im ländlichen Raum, nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Überdacht werden sollte auch die Einstellungspraxis von Lehrkräften, wenn der 1. Schultag nicht auf den 1. eines Monats fällt und mehr als ein arbeitsfreier Tag zu bezahlen wäre.

Der Bürgerbeauftragte

Der rheinland-pfälzische Bürgerbeauftragte wird vom Landtag in Mainz gewählt. Ullrich Galle arbeitet unabhängig und überparteilich. Das Petitionsrecht ist in der Landesverfassung verankert. Bürger können sich brieflich, per E-Mail, telefonisch und bei Sprechtagen in den Regionen des Landes an Galle wenden. Sein Amt gibt es seit 1974. Seitdem sind mehr als 100 000 Petitionen im Mainzer Büro des Bürgerbeauftragten eingegangen. Für Bürgerinnen und Bürger besteht jederzeit die Möglichkeit, sich schriftlich, telefonisch, per Fax oder auch per

E-Mail an das Büro des Bürgerbeauftragten, Kaiserstr. 32, 55116 Mainz, Tel.: 0 61 31 / 2 89 99-0, Fax: 0 61 31 / 2 89 99-89, E-Mail: poststelle@derbuergerbeauftragte.rlp.de, zu wenden.

Die aktuellen Termine von Sprechtagen des Bürgerbeauftragten werden jeweils in der örtlichen Presse und den amtlichen Mitteilungsblättern veröffentlicht und sind zusätzlich im Videotext, Tafel 725, im SWR Fernsehen, abrufbar. Auch im Internet unter www.landtag.rlp.de (Stichwort „Parlament“) ist der Bürgerbeauftragte zu finden.

Fehlende Schrubber und „Dummschwätzer“

Nicht alle Eingaben an den Bürgerbeauftragten sind ganz ernst zu nehmen

Wie ärgerlich. Der Druck auf die Spültaste der Toilette bleibt erfolglos. Schuld ist ein Wasserrohrbruch. In seiner Not greift der Mann in Wissen im Westerwald zu Mineralwasser. 17 Flaschen benötigt er insgesamt, bis das Rohr wieder repariert ist. Auf den Kosten von 17 mal 19 Cent will er aber nicht sitzenbleiben. Der Mann verständigt den rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten: Die Stadtwerke sollen ihm die 3,23 Euro erstatten.

„Bürgeranwalt“ Ullrich Galle wird im Wust von tausenden Eingaben gegen behördliche Entscheidungen immer wieder heimlich über manche kuriose Einzelfälle schmunzeln können - auch wenn er sie dann ganz ernst bearbeitet. In seinem Jahresbericht schilderte er solche Beispiele.

Da war etwa der Gefangene, der um den Kauf eines Schrubbers bat. Gelb und aus Kunststoff sollte das Putzgerät sein. Ein Mitarbeiter des Ge-

fängnisses klapperte Geschäfte und Baumärkte ab - vergeblich: Nur blaue, rote und weiße Schrubber aus Holz waren im Angebot. „Da der Petent jedoch ausdrücklich auf den von ihm ausgesuchten Schrubber bestand, konnte der Kauf letztlich nicht vermittelt werden“, bedauerte Galle.

Ganz andere Vorlieben hatte ein zweiter Gefangener: Er beantragte Schreibpapier - aber ohne Linien. Doch was bekam er? Liniertes Papier. Der Mann wandte sich an den Bürgerbeauftragten, Ermittlungen liefen an. Ergebnis: Es bestehe in diesem Gefängnis „kein Anspruch auf eine bestimmte Papierbeschaffenheit“, teilte Galle mit.

Auf Granit biss auch ein Petent bei seiner „Schadenersatz“-Forderung bei der Stadt Ingelheim. Er sei von seinem Nachbarort dorthin zu einem Museum gefahren, habe jedoch vor verschlossenen Türen gestanden. 50 Euro Ent-

Entscheidung in vier Wochen

Gericht berät erneut über Nichtrauchererschutzgesetz

Der eine will mehr Freiheiten für Raucher, der andere mehr Rechte für Nichtraucher durchsetzen: Mit den Verfassungsbeschwerden zweier Männer gegen das neue rheinland-pfälzische Nichtrauchererschutzgesetz hat sich am Montag der vergangene Woche der Verfassungsgerichtshof (VGH) in Koblenz befasst. Ein Raucher aus Mainz wendet sich dagegen, dass die Gründung von Raucherclubs sehr erschwert oder gar unmöglich gemacht werde, weil in Raucherkneipen mit nur einem Raum nur sehr begrenzt Speisen angeboten werden dürfen.

Der zweite Kläger - ein Mann aus dem Westerwald - kritisiert, dass er als Nichtraucher von Veranstaltungen in Festzelten ausgeschlossen werde, weil dort das Rauchen generell erlaubt ist. Gerade Kinder seien dort dem blauen Dunst ausgesetzt, das Gesetz zum Schutze der Nichtraucher werde somit „ad absurdum“ geführt, betonte er.

Sowohl Vertreter des Landtags als auch der Landesregierung können die Verfassungsbeschwerden nicht nachvollziehen. Es sei nicht erkennbar, warum die Gründung eines Raucher-

clubs unmöglich gemacht werde, erklärten sie vor Gericht. Auch sei niemand zum Besuch eines Festzeltes verpflichtet, wo zudem ein größerer Luftaustausch und somit eine geringere Gefährdung durch Passivrauchen gegeben sei.

Es sei ohnehin nicht möglich, immer jeden zufrieden zu stellen, meinten die Vertreter von Landtag und Regierung. Das Gericht will seine Entscheidung Ende März oder Anfang April bekannt geben. Die Frage, welche Speisen in einer Raucherkneipe angeboten werden dürfen, müssten aber wohl Fachgerichte klären, hieß es.

Der VGH hatte das erste Nichtrauchererschutzgesetz im September 2008 wegen unzumutbarer wirtschaftlicher Folgen für kleine Eckkneipen gekippt. Nach dem im vergangenen Jahr geänderten Gesetz dürfen Wirte mit weniger als 75 Quadratmetern Kneipenfläche das Rauchen erlauben, wenn sie keine oder nur „einfach zubereitete“ Speisen anbieten und ihr Betrieb klar als Raucherkneipe gekennzeichnet ist. Das Rauchen ist auch für geschlossene Gesellschaften und in Festzelten gestattet.

Das Nichtrauchererschutzgesetz

Der rheinland-pfälzische Landtag verabschiedet im Herbst 2007 das Nichtrauchererschutzgesetz, das ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Räumen vorsieht. Als Ausnahme soll allerdings in Gaststätten das Rauchen in eigens abgetrennten Räumen erlaubt sein. Das Gesetz sieht laut Gesundheitsministerium die Umsetzung des Nichtrauchererschutzes in folgenden Bereichen vor:

- Öffentliche Verwaltung - Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen - Einrichtungen der Jugendhilfe - Schulen - Alten- und Pflegeheime, Einrichtungen der Behindertenhilfe - Gaststätten - Universitäten, Fachhochschulen - Einrichtungen der Erwachsenenbildung - Theater, Kinos, Museen und Sportstätten

Im Februar 2008 tritt das Nichtrauchererschutzgesetz in Kraft. Nach Beschwerden von Gastronomen sind Gaststätten mit nur einem Schankraum gemäß einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs (VGH) in Koblenz zunächst vom Verbot ausgenommen. Im Herbst 2008 entscheidet der VGH dann, das Rauchverbot in kleinen Kneipen verstoße gegen die Verfassung. Deren Betreiber würden unzumutbar belastet.

Im Mai 2009 beschließt der Landtag fraktionsübergreifend eine Änderung des Nichtrauchererschutzgesetzes. Danach kann in Gaststätten mit weniger als 75 Quadratmetern Fläche das Rauchen erlaubt werden, wenn dort keine zubereiteten Speisen angeboten werden. Weitere Ausnahmen gelten für geschlossene Gesellschaften sowie Festzelte.

Erfolgreich Energie eingespart

SPD lobt Controlling bei Landesliegenschaften

Als vorbildlich loben der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Puchtler, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Günther Ramsauer, die in Rheinland-Pfalz ergriffenen Maßnahmen zur Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften.



F. Puchtler

„Wie eine von uns veranlasste Be-



G. Ramsauer

richterstattung der Landesregierung im Haushalts- und Finanzausschuss ergeben hat, konnte im Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmen in den Jahren 2002 bis 2007 eine durchschnittliche jährliche Reduktion der Heizwärme um 3 Prozent oder ca. 9 Millionen Kilo-

wattstunden erreicht werden. Neben der nach ehrgeizigen Maßstäben betriebenen Gebäudesanierung, bzw. dem Gebäudeneubau, trägt besonders das Energiecontrolling zu den Einsparwirkungen bei. Dies wird auch mit dem angestrebten Einsparvolumen von einer halben Million Euro jährlich bei dem derzeit schwerpunktmäßig vorangetriebenen Energiecontrolling an den Hochschulen des Landes verdeutlicht. Schon seit Jahren werden mit analogen Projekten in 38 Finanzliegenschaften und acht Justizvollzugsanstalten etwa 25 Prozent der jährlichen Energiekosten von rd. 22 Millionen Euro der Liegenschaften des Landesbetriebs Liegenschaften/Baubetreuung erfasst und optimiert“, so Puchtler und Ramsauer.

Die Abgeordneten forderten die Landesregierung auf, die bislang erreichte jährliche Durchschnittseinsparquote von drei Prozent auch in der Zukunft zu verfolgen.

Klar sei, dass dies angesichts eines zunehmend modernisierten und optimierten Gebäudebestandes nicht einfacher werde. Aber das ehrgeizige Ziel sollte sein, dass das Land auch in den kommenden Jahren in einer Art Vorreiterrolle in diesem Umfang für eine verantwortungsbewusste Klimaschutz- und Ressourceneinsparpolitik bei seinen Liegenschaften sorgt.



Kaum Datenschutzbewusstsein bei Nutzern

Landesdatenschützer kritisiert erhebliche Ausweitung der Video-Überwachung

Die rasant steigende Nutzung des Internets sowie Überwachungstechniken unterschiedlicher Art bedrohen zunehmend die Sicherheit der Bürger-Daten auch in Rheinland-Pfalz. Als Grund führte der Landesdatenschutzbeauftragte Edgar Wagner am Mittwoch der vergangenen Woche bei der Vorstellung des 22. Datenschutzberichts in Mainz an, dass Gesetze schlicht nicht umgesetzt würden und die Kontrolle weit hinterherhinkte.

„Das Datenschutzbewusstsein der Nutzer, aber auch der Anbieter ist nicht besonders ausgeprägt“, rügte Wagner. Der Landesbeauftragte und seine derzeit rund 15 Mitarbeiter stellten in dem Berichtszeitraum 2008 und 2009 eine Vielzahl von Verstößen fest. Wagner forderte mehr Gesetze und mehr Kontrollmöglichkeiten, vor allem aber mehr Bewusstsein der Nutzer für den Datenschutz.

Die „Gigabite-Gesellschaft“, die jedem Nutzer eine Datenautobahn bauge, habe „keine hinreichende Verkehrsordnung“, Unfälle seien deshalb vorprogrammiert, warnte Wagner. Im Straßenverkehr sei die Zahl der Unfälle in den vergangenen Jahrzehnten durch gesetzliche Regelungen, bessere Autotechnik und die Verkehrserzie-

hung reduziert worden. In der digitalen Welt brauche es etwas Vergleichbares, forderte der Datenschützer. „Wenn es Verkehrstage an den Schulen gibt, warum gibt es dann keine Datenschutzstage?“, fügte Wagner hinzu.

Sorge bereitet den Datenschützern vor allem die Sicherheit der Daten bei Google sowie in sozialen Netzwerken. So habe ein kleines Netzwerk mit Sitz in Rheinland-Pfalz, ShortView, gar keine funktionierende Sicherheitsarchitektur gehabt: Hier konnten auf Knopfdruck 300 000 zum Teil passwortgeschützte Bilder heruntergeladen werden. ShortView soll nun im Laufe des Jahres eingestellt werden.

Als „mit der deutschen Rechtsordnung nicht vereinbar“ kritisierte Wagner, dass bereits Zwölfjährige beim Netzwerk Studi-VZ Mitglied werden könnten. Dort tummelten sich sogar Acht- bis Zehnjährige, das sei skandalös. Wagner forderte eine bessere Überprüfung des Alters der Nutzer.

Scharf kritisierte der Datenschutzbeauftragte auch die zunehmende Videoüberwachung in der Privatwirtschaft: Sie greife in vielen Bereichen „ohne Rücksicht auf die Gesetzeslage und weitgehend kontrollfrei“ um sich.

Neben Tankstellen, Supermärkten und Einkaufspassagen würden inzwischen schon Gaststätten, Cafés, Eisdielen, Arztpraxen oder Friseursalons überwacht. Auch bei der Überprüfung von Versandapotheken seien erhebliche Sicherheitsdefizite bei den Online-Zugängen festgestellt worden.

Die Auftragsdatenverarbeitung durch Unternehmen der Privatwirtschaft ist laut Wagner „die offene Flanke des Datenschutzes“. Allein in Rheinland-Pfalz sei von 200 000 privaten geschäftsmäßig tätigen Datenverarbeitern die Rede. Die Datenschutzkontrolle sei aber wegen begrenzter Personalkapazitäten auf Stichproben begrenzt. „Vollzugs- und Kontrolldefizite sind gravierend und bedingen einander“, betonte Wagner. Es brauche ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, mit dem er im Laufe des Jahres rechner.

Konsequenzen haben laut Wagner auch die unerlaubten Abfragen des polizeilichen Informationssystems POLIS im Rahmen der Nürburgring-Affäre: Künftig solle der konkrete Grund für die Abfrage genauer protokolliert werden. Ein Datenhandbuch sollte wieder aufgelegt und die Kontrolle verschärft werden.



Landesdatenschutzbeauftragter Edgar Wagner (rechts) überreichte Landtagsvizepräsident Heinz-Hermann Schnabel das erste Exemplar des Tätigkeitsberichts für die Jahre 2008/2009. Dieser wies auf die sich ständig steigende Bedrohung der Privatsphäre durch die fortschreitende technische Entwicklung und die damit wachsende Bedeutung des Datenschutzes hin. Der Landtag werde sich demnächst erneut mit Google Street View und den Folgen aus dem Gutachten der Landesregierung befassen. Wagner begrüßte dies ausdrücklich und bedankte sich für die konstruktive Mitarbeit der Mitglieder der Datenschutzkommission an der zügigen Vorlage des Berichts. Foto: Klaus Benz

Gutachten Kommunal- und Verwaltungsreform

Scharfe Kritik der Opposition – CDU und FDP: Parlament nicht mehr im Boot?

Auf scharfe Kritik der CDU-Landtagsabgeordneten und Kommunalexpertin Anke Beilstein und des innenpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion, Thomas Auler, ist die Veröffentlichung der Gutachten zur begleitenden Gesetzesfolgenabschätzung der Experten Prof. Dr. Martin Junkerheinrich und Prof. Dr. Jan Ziekow zur Kommunal- und Verwaltungsreform durch die SPD-Landtagsregierung gestoßen. Über die Folgen für die weitere Zusammenarbeit im Arbeitskreis zwischen Parlament und Landesregierung müsse nachgedacht werden, so Beilstein und Auler.

Ohne die Fraktionen oder die dafür zuständigen Abgeordneten offiziell zu informieren, habe man die Stellungnahmen von Prof. Junkerheinrich und Prof. Ziekow den Fächern der zuständigen Parlamentarier am

späten Mittwochnachmittag zugesandt, so Auler und Beilstein. In einem Begleitschreiben des Innenstaatssekretärs Roger Lewentz werde dann den Abgeordneten angeboten, innerhalb des Arbeitskreises zur Kommunal- und Verwaltungsreform die Gutachten mit den Professoren zu besprechen.

„Zeit für eine Prüfung der Unterlagen war bisher also nicht, zumal die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion, wie allgemein bekannt war, am Mittwoch komplett überall in Rheinland-Pfalz unterwegs waren. Statt jedoch zunächst den Eingang aller Gutachten abzuwarten und dann mit den Abgeordneten zu diskutieren, wird ein Alibibrief mit einem Gesprächsangebot versandt um dann direkt am Donnerstag in einem Presse-treffen die vorliegenden Expertisen

den Medien vorzustellen und zu interpretieren.“ Das „Gesprächsangebot“ des Innenstaatssekretärs werde vollends zur Farce, wenn man darüber hinaus wisse, dass die jetzt veröffentlichten Gutachten der Landesregierung bereits seit fünf Wochen vorlägen, so Auler und Beilstein. „So kann man mit dem Parlament nicht umspringen.“

Zudem mute es merkwürdig an, wenn man mit zwei Gutachten an die Öffentlichkeit gehe, obwohl das dritte Gutachten des Berliner Experten Professor Dr. Hesse überhaupt noch nicht vorliege. Hier sollten offensichtlich an den Parlamentsfraktionen vorbei durch die Landesregierung wieder Fakten geschaffen werden. Beilstein und Auler kündigten an, das Verhalten der Landesregierung zum Thema im Parlament zu machen.

Datenkompetenz vermitteln

Opposition will mehr Aufklärung über Datenschutz in Schulen

Die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP unterstützen die Forderung des Landesdatenschutzbeauftragten nach mehr Aufklärung über Datenschutz in Schulen. „Unser Ziel muss sein, gerade jungen Menschen Datenkompetenz zu vermitteln“, sagte der CDU-Abgeordnete Herbert Schneiders, der zugleich Vorsitzender der Datenschutzkommission des Landtags ist. Google Street View, zunehmende Kameraüberwachung in der Privatwirtschaft, soziale Netzwerke oder das aktuell von der Landesregierung geplante Dachkataster seien Beispiele dafür, wie wichtig der Datenschutz und seine Kontrolle seien.

Auch der FDP-Datenschutzbeauftragte Walter Strutz bekräftigte, es solle „Aufgabe von Erziehung und Bildung werden, Menschen zum verantwortungsvollen Umgang mit Daten zu befähigen“. Auch innerhalb der Landesregierung sei aber nicht immer die notwendige Sensibilität im Umgang mit den Daten der Bürger gegeben, kritisierte er. Das zeige das betriebsrätliche Schnellinformationssystem, das nach heftigen Protesten eingestellt wurde, oder die Vorgehensweise beim geplanten Dachflächenkataster.

Ein unabhängiger und effektiver Datenschutz sei wichtiger denn je. Das mache auch der Datenschutzbericht deutlich. In einer global vernetzten Gesellschaft werde immer offensichtli-

cher, wie weit reichend die Speicherung persönlicher Daten im alltäglichen Leben der Menschen fortgeschritten ist, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Vorsitzende der Datenschutzkommission des Landtags, Carsten Pörksen. Dabei werde von vielen an erster Stelle immer kritisch auf staatliche Stellen geschaut. Das sei richtig und nicht zu kritisieren. Allerdings sei es geboten, mit gleich kritischem Blick auch die teils ungehemmte Datensammelwut privater Konzerne zu betrachten. Hier geschehe – oft jenseits einer unabhängigen Kontrolle – vieles, was aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten äußert kritikwürdig ist.

Die zentrale Bedeutung eines unabhängigen Datenschutzes werde durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) untermauert, wonach die Datenschutzaufsichtsbehörden der deutschen Bundesländer, soweit sie private Datenverarbeiter kontrollieren, von jeder Weisung durch Regierungsstellen völlig frei sein müssen. Pörksen: „Rheinland-Pfalz hat mit der letzten Änderung des Landesdatenschutzgesetzes schon vieles von der aktuellen EuGH-Entscheidung vorab verwirklicht. In Rheinland-Pfalz wurde die Aufsicht über die Durchführung des Datenschutzes für die öffentlichen Stellen auf den unabhängigen Landesbeauftragten für den Datenschutz übertragen.“

Gemeinsam für die Region einsetzen

Mitglieder der SPD-Fraktionen aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz trafen sich in Saarbrücken



In Saarbrücken sind Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktionen aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz zu einem gemeinsamen Gespräch zusammen gekommen. Zu Gast in Saarbrücken waren die rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Margit Mohr, Jens Guth, Fritz Presl, Fredi Winter und Heiko Sippel. Von Seiten der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes nahmen die Abgeordneten Stefan Pauluhn, Ulrich Commerçon, Anke Rehlinger, Magnus Jung, Gisela Kolb sowie Elke Eder-Hippler an dem Arbeitstreffen teil. Schwerpunkte des Gesprächs waren u.a. die Bemühungen beider Fraktionen in Richtung Tarif-treue bei öffentlichen Auftragsvergaben und die zukünftige Perspektive und Stärkung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt-Kaiserslautern-Saarbrücken-Paris.

Beide Fraktionen sehen es als gemeinsames Ziel an, die Fahrtzeit der Hochgeschwindigkeitsstrecke so weit als möglich zu verkürzen. „Insbesondere vor dem Hintergrund der französischen Planungen, die eine Stärkung der Strecke über Straßburg-Stuttgart vorsehen, müssen alle denkbaren Schritte zur Steigerung der Attraktivität der Strecke unternommen werden“, so die SPD-Parlamentarier. „Daher regen wir an, mit Unterstützung der Städte Saarbrücken und Kaiserslautern mehr Werbung für die Schnellverbindung von und nach Paris zu machen. Davon würden auch die regionalen Wirtschaftsstandorte und beide Regionen deutlich profitieren“, so Margit Mohr und Stefan Pauluhn.

Einigkeit herrschte auch beim Thema Tarif-treue. Die rheinland-pfälzische SPD-Landtagsfraktion plant

derzeit einen erneuten Vorstoß in Richtung eines Tarif-treuegesetzes. „Gerade die öffentliche Hand hat bei Auftragsvergaben eine Vorbildfunktion und besondere Verantwortung. Beschäftigte vor Dumpinglöhnen zu schützen. Wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch anständig leben können.“ Beide Fraktionen hatten bereits in der Vergangenheit eine entsprechende Gesetzesinitiative gestartet. „Es ist absolut begrüßenswert, dass die rheinland-pfälzischen Kollegen dieses wichtige Thema nun erneut aufgreifen und vorantreiben“, so Ulrich Commerçon.

Die Fraktionen vereinbarten, sich weiterhin regelmäßig zu treffen und sich über aktuelle Fragen auszutauschen. Dies sei insbesondere bei Fragen der grenzüberschreitenden Politik von hoher Bedeutung.

Anhörung zum Fluglärm

Die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz wird, wie angekündigt, eine Anhörung zum Fluglärm im Rhein-Main-Gebiet durchführen. Die Anhörung soll am 16. März 2010 im Landtag in Mainz stattfinden.

Bei der Anhörung sollen neben der kommunalen und regionalen Betrof-

fenheit sowie weiteren Aspekten des Fluglärms im Rhein-Main-Gebiet, vor allem das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Nachtflugverbot, Lärmschutzmaßnahmen wie auch Auswirkungen von Fluglärm auf Gesundheit und Umwelt angesprochen werden.

Herausforderungen begegnen

SPD: Weichen für ein zukunftsfähiges Stromnetz stellen

Der Weg zu einer zukunftsfähigen Stromversorgung müsse heute schon beschritten werden, sagte Margit Mohr, energie- und wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion:

„Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort mit einer leistungsstarken Industrie. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir uns den Herausforderungen heute schon stellen. Dazu zählt die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätsnetze bei gleichzeitiger Verbesserung der Effizienz. Der wachsende Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, die Umstrukturierung im Kraftwerkspark wie auch zunehmende Stromtransite erfordern auch in Rheinland-Pfalz einen rechtzeitigen Aus- und Umbau der Energiesysteme, insbesondere der Stromnetze. Diese sind Verbundnetze und damit Teile eines liberalisierten Marktes und hohen Anforderungen an eine flexible Leistungsfähigkeit ausgesetzt.“

Margit Mohr fordert im Dialog mit den Netzbetreibern, den Netzausbaubedarf für Rheinland-Pfalz zu erörtern, um rechtzeitig Weichen zu stellen - mit dem Ziel, auch weiterhin eine sichere, leistungsstarke und kostengünstige Stromversorgung für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten. „Durch die zügige Integration erneuerbarer Energien haben wir eine große Chance, schnell zu einem nachhaltigen und intelligenten Energiesystem zu kommen. Ein solches werden wir für die Zukunft brauchen“, betonte Mohr.

Die Europäische Kommission hatte angekündigt, 43 strategische Gas- und Stromprojekte mit 2,3 Milliarden Euro zu unterstützen. Der neue EU-Energiekommissar Oettinger teilte mit, dass die Förderung in Energieprojekte fließen soll, die von der Europäischen Union im Rahmen ihres EU-Konjunkturprogramms ausgewählt worden seien.